

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pppn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB verurteilt den Dregger-Versuch, ein Verhandlungsergebnis bei den Mittelstreckenraketen zu vereiteln: Blockade-Strategie der Union. Seite 1

Renate Schmidt MdB wirft der Bayerischen Staatsregierung vor, das Bundessozialhilfegesetz zum Nachteil von Schülern auszulagern: Schindluder mit der Notlage von Menschen. Seite 3

Dr. Uwe Holtz MdB macht auf einen wichtigen Nachholbedarf in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aufmerksam: Den Frauen der Dritten Welt helfen. Seite 4

Dokumentation:  
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dem „Vorwärts“ zu dessen 110jährigen Bestehen gratuliert. Wir dokumentieren seine Glückwunschartikel, die in der nächsten Ausgabe des sozialdemokratischen Traditionsblattes erscheint. Seite 6

41. Jahrgang / 186

30. September 1986

### Blockade-Strategie der Union

Dregger versucht, ein Verhandlungsergebnis bei den Mittelstreckenraketen zu vereiteln

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Als im Januar 1986 der sowjetische Generalsekretär den vollständigen Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in europäischer Reichweite vorschlug, war es - unter dem Einfluß der CDU/CSU-Fraktion und des Verteidigungsministers Wörner - die Bundesregierung, die in Washington dagegen intervenierte. Entgegen der ursprünglichen Bereitschaft der amerikanischen Regierung, auf den Gorbatschow-Vorschlag einzugehen, beharrte die Bundesregierung darauf, daß Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium bleiben sollten.

Die Bundesregierung stellte in Washington Bedingungen, die deutlich machen, daß ihr die Beibehaltung von Mittelstreckenraketen wichtiger ist als die vollständige Beseitigung der SS 20-Bedrohung. Der Vorreiter dieser Bedingungen, die CDU/CSU-Fraktion, tarnte diese mit maximalistischen Zusatzforderungen, die ein Ergebnis unmöglich machen. So stellte sie die Bedingung, daß vor einem Abbau aller Mittelstreckenraketen zunächst einmal ein konventionelles Gleichgewicht hergestellt werden müßte, und

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweiterte Lesart  
rechnerische Kontrolle  
Kopier-Power



daß als sowjetische Gegenleistung für den Abbau aller amerikanischen Mittelstreckenwaffen auch alle auf Asien gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen abgebaut werden müßten. Außerdem wurde von der CDU/CSU auf die angebliche Gefahr einer Abkoppelung Europas von den USA verwiesen, wenn nicht eine Mindestzahl von 140 Mittelstreckenraketen auf unserem Territorium verbleiben würde.

Jetzt bahnt sich ein Zwischenergebnis im Vorfeld des Gipfels an, demzufolge die auf Europa gerichteten Mittelstreckenpotentiale auf 100 sowjetische und 100 amerikanische Sprengköpfe reduziert werden sollen. Die SPD würde ein solches Zwischenergebnis als ersten Schritt zum vollständigen Abbau aller Mittelstreckenraketen begrüßen. Wir weisen jedoch darauf hin, daß dabei der einzige „Erfolg“ der Bundesregierung darin bestünde, die Chance zum vollständigen Abbau erfolgreich verhindert zu haben.

Aber selbst dieses Zwischenergebnis geht der CDU/CSU-Fraktion offensichtlich zu weit. Sie versucht jetzt erneut, Zusatzbedingungen zu stellen, die nur darauf hinauslaufen können, das Zwischenergebnis doch noch zu verhindern. Dies wird deutlich aus der Forderung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger nach Einbeziehung der sowjetischen Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 150 bis 500 Kilometer in der Zwischenlösung. Das Gegengewicht zu den SS 20-Mittelstreckenraketen ist für die CDU/CSU auf einmal nicht mehr die Pershing II und die Cruise Missiles, sondern die sowjetischen Kurzstreckenraketen. Mit diesem Junktim der CDU/CSU-Fraktion würde ein Zwischenergebnis unmöglich. Nicht einmal die Warnung des Bundesaußenministers wird von der Mehrheitspartei in der Koalition beachtet, jetzt nicht durch Draufsatteln die Zwischenlösung zu blockieren.

(-/30.9.1986/ks/fr/rs)

\* \* \*



Schindluder mit der Notlage von Menschen

Bayerische Staatsregierung legt Bundessozialhilfegesetz zum Nachteil von Schülern aus

Von Renate Schmidt MdB  
Stellvertretende Landesvorsitzende der bayerischen SPD

Der BAföG-Kahlschlag trifft vor allem Arbeiterkinder und Kinder von Sozialhilfeempfängern hart.

Erinnern wir uns: BAföG erhalten nur noch Schüler, die eine Schule vom Wohnort ihrer Eltern aus nicht erreichen können. Schüler, die bei ihren Eltern wohnen können, erhalten - egal wie niedrig das Einkommen der Eltern sein mag - kein BAföG.

Bayerische Sozialämter entscheiden nun auch, daß Schüler, deren Eltern Sozialhilfeempfänger sind, auch beim Besuch einer Ganztagschule keine Sozialhilfe bekommen. Grund ist die restriktive Auslegung des Paragraphen 26 BSHG, der besagt, daß Sozialhilfe nicht gezahlt wird, wenn eine Ausbildung dem Grunde nach durch BAföG gefördert werden kann.

Die Auswirkungen könnte man als skurril bezeichnen, würde nicht mit der Notlage von Menschen Schindluder getrieben und Chancengleichheit mit Füßen getreten.

Ein bayerisches Beispiel: Ein junger Mann, Mutter geschieden, Sozialhilfeempfängerin, vier jüngere Geschwister, schließt nach einem sehr guten Hauptschulabschluß auch seine Kochlehre mit einer sehr guten Prüfung ab. Er folgt dem Rat seiner Vorgesetzten weiterzumachen, da das „Zeug zu mehr in ihm steckt“ und meldet sich an der Berufsaufbauschule an.

Sein Antrag auf Förderung nach BAföG wird vom Ausbildungsförderungsamt wegen des Wohnorts Nürnberg der Mutter abgelehnt. Sein Antrag auf Sozialhilfe wird mit Hinweis auf die genannten Vorschriften des BSHG abgelehnt. Der Familie wird zugemutet, von den Sozialhilfeleistungen für die Mutter und die vier minderjährigen Geschwister auch noch Lebensunterhalt und Ausbildung des Ältesten zu finanzieren oder die Ausbildung abzubrechen. Chancengleichheit zwischen arm und reich, zwischen Arbeiter- und Akademikerkindern ade.

Die Bundesregierung hat in einem Schreiben an den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß sie die Rechtsauffassung Bayerns und anderer Bundesländer zur Auslegung des Bundessozialhilfegesetzes nicht teilt.

Unabhängig davon, daß es kritikwürdig bleibt, Familien mit Kindern in weiterführender Ausbildung auf Sozialhilfe zu verweisen, fordere ich die bayerische Staatsregierung und die Bezirksregierungen Bayerns auf, sich der Auslegung des BSHG durch die Ministerin für Bildung und Wissenschaft sowie Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit anzuschließen und damit den Lebensunterhalt von mittellosen Schülern wenn schon nicht durch BAföG, so wenigstens durch Sozialhilfe zu sichern.

Die Bundesregierung, insbesondere die Familienministerin, fordere ich auf, wie in den genannten Schreiben angekündigt, nicht am Sankt Nimmerleinstag, sondern sofort für die juristische Klärstellung zu sorgen.

Der geschilderte Fall - einer von vielen - zeigt, wie notwendig die Wiederherstellung des Schüler-BAföG ist.

Schüler und Schülerinnen, die von der unsozialen Auslegung des Sozialhilfegesetzes durch die bayerische Staatsregierung betroffen sind, biete ich an, ihre Klage bis zum Bundesverwaltungsgericht finanziell zu unterstützen, um für viele die Klärstellung zu erreichen, zu der Bundes- und bayerische Staatsregierung nicht in der Lage sind.

(-/30.9.1986/vs/rs)



Den Frauen der Dritten Welt helfen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat einen großen Nachholbedarf

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach Studien der Vereinten Nationen machen Frauen weltweit 50 Prozent der Bevölkerung aus, leisten 60 Prozent der Arbeitsstunden, erhalten aber nur zehn Prozent des Einkommens und besitzen lediglich ein Prozent des Eigentums. Sie sind es, die zumeist vom Elend in der Dritten Welt am härtesten getroffen werden. Sie sind es aber auch, von denen die Lösung von zumindest zwei Schlüsselproblemen der Dritten Welt in erster Linie abhängt: der Bekämpfung des Hungers und der Reduzierung des Bevölkerungswachstums. Eine Entwicklungspolitik, die der Rolle der Frauen bei der Entwicklung der Dritten Welt keine oder zu wenig Aufmerksamkeit schenkt, programmiert ihren Mißerfolg vor.

Noch immer trägt die Bundesregierung dieser Erkenntnis nicht ausreichend Rechnung:

- Noch immer hat es Jürgen Warnke, CSU-Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht über sich gebracht, auch nur eine einzige Stelle für Frauenförderung in seinem Hause einzurichten - geschweige denn, wie es ein Anfang des Jahres vorgelegtes Gutachten fordert, eine Stabsstelle und eine Arbeitseinheit auf Lektorebene.
- Die für Pilotvorhaben zur Frauenförderung bereitstehenden Mittel genügen weniger denn je den Anforderungen.
- Im Vergleich der OECD-Staaten rangieren die Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Frauenförderung mit an hinterster Stelle.

Wir Sozialdemokraten sind nicht länger bereit, dieses Auseinanderklaffen von Rhetorik und tatsächlicher Politik hinzunehmen. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Frauen, die für den Entwicklungsprozeß der Dritten Welt eine zentrale Rolle spielen, in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit derart beiläufig behandelt werden.



Wir treten dafür ein, daß

- die Umsetzung der von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi erhobenen Forderungen in regelmäßigen Abständen überprüft wird
- Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland und der gesamten EG einem Verhaltenskodex unterworfen werden, der vor allem den Beschäftigten in den freien Produktionszonen der Dritten Welt Schutz von Ausbeutung gewährt
- der Frauen- und Mädchenhandel zu Zwecken der Zwangsheirat und Prostitution durch eine wirkungsvolle gemeinsame Initiative der Bundesregierung, der Kirchen und der Frauenorganisationen unterbunden wird.

Als ersten Schritt auf dem Wege zu einer Berücksichtigung und wirkungsvollen Förderung von Frauen als integralem Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik aber betrachten wir

1. eine beträchtliche Erhöhung der Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für frauenspezifische und frauenrelevante Entwicklungsprojekte, insbesondere in den ländlichen Räumen der Dritten Welt

sowie

2. die Einrichtung der entsprechenden neuen, gesonderten Zuständigkeiten mit ausreichender personeller Kapazität.

In den anstehenden Haushaltsberatungen werden wir die Bundesregierung drängen, diese notwendigen finanziellen und personellen Bedingungen für eine tatsächliche Förderung der Frauen als Trägerinnen der Entwicklung endlich zu schaffen.

(-/30.9.1986/rs/ks)

\* \* \*



## DOKUMENTATION

Willy Brandt: Auch die Zukunft wird den „Vorwärts“ nicht missen wollen

Der „Vorwärts“ wird am 1. Oktober 110 Jahre alt. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und seine Stellvertreter Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel haben aus diesem Anlaß Grußworte an das sozialdemokratische Traditionsblatt gerichtet, die in dessen nächster Ausgabe veröffentlicht werden. Wir dokumentieren das Grußwort von Willy Brandt.

Der „Vorwärts“, fast genauso alt wie die vereinigte Sozialdemokratie, ist aus der Tradition der Arbeiterbewegung, die noch mehr war als Partei und Gewerkschaft, nicht wegzudenken. Ich denke, auch die Zukunft wird ihn nicht missen wollen.

In den 110 Jahren seines Bestehens hat das Blatt eine erhebliche Überlebensfähigkeit bewiesen. Das hat es mit der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam. Nach den Verboten unter den Sozialistengesetzen und der Naziherrschaft - mit dem Neuen „Vorwärts“ im Exil - stellte die veränderte Presse-landschaft nach dem Krieg die Zeitung vor eine neue Aufgabe und schwere Prüfung.

Seine Verankerung hat der „Vorwärts“ von Anfang an in der Arbeiterbewegung, seine geistige Orientierung im demokratischen Sozialismus gefunden. Daraus hat das Blatt Kraft bezogen, hieraus hat sich freilich auch ein gewisses Spannungsverhältnis ergeben.

Wenn man von anderem absieht: Es wird immer wieder unterschiedliche Meinungen darüber geben, in welcher Form politische Inhalte (oder Entscheidungen) journalistisch vermittelt werden sollten.

Für den „Vorwärts“ wird es weiterhin darauf ankommen, eine solche Spannung fruchtbar umzusetzen und auf die jeweiligen Herausforderungen kreativ zu antworten.

In diesem Sinne wünsche ich der Redaktion, dem Verlag und der hoffentlich wieder wachsenden Leserschaft Gutes für die kommenden Jahre!

(-/30.9.1986/rs/ks)

\* \* \*